

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1,20 M.,
Mittlerbundsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeilher Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privatens 70 Pfg. für die einspaltige
Peitzzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 21.

Sonnabend, den 24. Mai 1919.

23. Jahrgang.

Lohnbewegungen

Über den Abschluß einer Lohnbewegung ist sofort zu berichten.
Diese Mitteilungen müssen klar formuliert sein. Dauersperren
veröffentlichen wir nicht. Wird die Aufrechterhaltung einer Sperre
gewünscht, so ist darüber allwöchentlich zu berichten.

Bremen. Die Steinmehrer erhielten 50 Pf. pro Stunde
Leuerungszulage und beträgt der Stundenlohn 2,60 M. Der
Streik der Marmorarbeiter ist mit Erfolg beendet.

Dessau. Es kam eine Einigung dahin zustande, daß unser
Stundenlohn von 1,55 M. auf 1,90 M. erhöht wurde.

Dresden-Birna. Durch die stattgefundenen Verhandlungen
am 5. Mai stellen sich die Zulagen in folgender Weise:
Der Stundenlohn beträgt ab 2. Mai 2,50 M. (auch für
Birna). Die Akkordzuschläge wurden auf 140 Prozent erhöht.
Als Minimum wird im Akkord 75 Prozent garantiert. Für
die Städte Chemnitz, Plauen, Leipzig wird sofort eine Neu-
regelung der Zulage stattfinden. Die Verhandlungen haben
die Zahlstellen selbst zu führen.

Elsfeld. Neue Verhandlungen brachten den Kollegen
eine Zulage von 25 Prozent auf die derzeit bestehenden Stun-
denlöhne und Akkordpreise. Der Stundenlohn beträgt
jetzt für Steinmehrer und Polier 2,40 bis 2,60 M.

Fichtelgebirge. Die Unternehmer haben nun die 100 Proz.
bewilligt, aber die Kollegen haben noch einige andere Ein-
wände, die mit dem Schleifereiverband schnellstens geregelt
werden müssen.

Ilbenbüren. Der Steinbruchbetrieb der Firma Hugo
Beventel in Büffelbüren (bei Ilbenbüren) ist wegen
Nichteinhaltung des Lohntarifs gesperrt.

Kappelrodt. Die Leuerungszulage wurde ab 1. Mai
um 20 Prozent erhöht, am 1. Juli tritt noch eine Steigerung
um 10 Prozent ein.

Kirn a. d. Nahe. Die mit den Unternehmern der Pflaster-
steinbranche angebahnten Verhandlungen sind noch nicht end-
gültig erledigt, bisher wurde durch die Verhandlungen eine
Aufbesserung der Stundenlöhne um 100 Proz. gegenüber den
Friedenslöhnen erzielt.

Königsberg. Vom 15. Mai ab gelten nachstehende
Stundenlöhne: Für Steinmehrer 2,50 M., für Schmiede
2,30 M., für Granit- und Marmorarbeiter 2,30 M., für
Zementarbeiter 2,20 M., für Arbeiter 2 M.

Lindensfeld (Odenwald). In den Orten Elmshausen,
Reichenbach, Gronau, Seidenbusch, Plauden, Reuskirchen,
Winterkasten und Winkel hat eine merkliche Aufbesserung der
Löhne für die Granitarbeiter stattgefunden.

Löbau-Opfisch. In den Schleifereibetrieben wurde die
Leuerungszulage von 70 auf 100 Prozent erhöht. Der Streik
ist somit beendet.

Mainz. Der Stundenlohn beträgt ab 1. Mai für Stein-
mehrer 2,30 M.

Mittweiden. Durch längere Unterhandlung haben beide
Unternehmer bewilligt, so daß bereits ab Sonnabend, 3. Mai,
105 Prozent Leuerungszulage zur Auszahlung gelangten.

München. Der Streik ist mit Erfolg beendet.

Oberpeilau (Schlesien). Mit der Firma W. Thut
wurde eine Lohnaufbesserung von 30 bis 40 Prozent auf die
bereits erhöhten Löhne vereinbart. Das Abkommen gilt als
Provisorium bis zum Abschluß des Reichstarifs in der
Schleifereibranche.

Osabrück. Der Stundenlohn beträgt jetzt 2,20 M. und
steigt dann noch auf 2,30 und 2,40 M. Es wird zukünftig nur
in Lohn gearbeitet.

Steinwiesen (Oberfranken). Die Firma Popp, Granit-
werk, kündigte sämtlichen Steinmehrer als von der Zahlstelle
erlaubt wurde, die Entlohnung den Lebenshaltungskosten
etwas anzupassen.

Stelle. Die Firma Peters ist gesperrt.

Weissenstadt (Fichtelgebirge). Auf den Werklohn
wird für den ganzen Bezirk eine Zulage von insgesamt
130 Prozent gefordert. Die Stundenlöhne sollen auf 1,50 M.
gestraft werden.

Ziegelanger (Main). Für 250 Sandsteinarbeiter konnte
erstmals ein Tarif abgeschlossen werden. Es konnte das
Stundenlohnsystem durchgedrückt werden.

Lohn- oder Akkordarbeit?

Diese Frage spielt in den wirtschaftlichen Kämpfen und Arbeiter-
forderungen der Neuzeit eine solche einschneidend wichtige Rolle, daß
wir daran nicht achtlos vorbeigehen dürfen. Gerade die Revolution hat
diese Frage in den breiten Vordergrund der wirtschaftlichen Arbeiter-
interessen gerückt und wir beobachten seit Wochen in vielen Orten einen
lebhaften Streit um die Art der gewerblichen Produktion und Ent-
lohnungsart, um die Frage der Akkord- oder Lohnarbeit.
Unzweifelhaft ist es richtig, daß die Lohnarbeit gegenüber der
Akkordarbeit manche Vorzüge hat. Sie unterliegt nicht dem unruhigen
Schwanken einem Gelderwerb in bestimmter Höhe, der vielfach größt-
möglichen Steigerung der Arbeitskraft, um dem Arbeiter und seiner

Familie ein Existenzminimum zu sichern, der Arbeiter weiß bei Beginn
der Arbeitswoche den in dieser zu erzielenden Wochenverdienst im vor-
aus, ja er weiß ihn in normalen Zeiten schon auf Monate hinaus
zu errechnen, kann sein Haushaltsbudget darauf zuschneiden, schont vor
allem in höherem Maße seine Arbeitskraft und unterliegt nicht den
vielen gelegentlichen Zufällen, die bei der Akkordarbeit auf die Höhe des
Arbeitsverdienstes in oftmals recht ungünstiger Weise einwirken. Der
unter dem Akkordsystem vielfach vorhandene Streitpunkt, ob besser oder
schlechter bezahlte Arbeit, verschwindet in den Hintergrund und es handelt
sich nur noch um angenehme oder weniger angenehme Arbeit, während
die Lohnhöhe die gleiche bleibt.

Von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet bietet also die Lohn-
arbeit gegenüber dem Akkordsystem mancherlei Annehmlichkeiten. Diese
gehen aber bei näherer Betrachtung nicht so weit, nimmte das Akkord-
system im Bausch und Bogen zum alten Eisen zu werfen. Schon Karl
Marx, auch für Nichtsozialisten einer der bedeutendsten National-
ökonomien, sagte: „Der Akkordlohn strebt dadurch, daß er der Individualität
(Einzelspezifität) größten Spielraum bietet, dahin, die Individualität
und damit Freiheitsgefühl, Selbstständigkeit und Selbstkontrolle
der Arbeiter zu entwickeln.“ Ohne Zweifel liegt in diesen Worten
des großen Gelehrten eine große Wahrheit. Der Lohnarbeiter bedarf
nicht des größeren Aufwands zu irrtümlicher Tätigkeit, er hat keinerlei
Sehnsucht danach, weil das seinen Lohn in keiner Weise hebt. Anderer-
seits ist der Akkordarbeiter bemüht, sein Einkommen zu vergrößern, er
sucht alle möglichen Herstellungsvorteile heraus, wird im Handel selb-
ständig und geschickter und sieht sich auch im allgemeinen freier, weil
keine Beaufsichtigung sich nicht in der Weise nötig macht als bei Lohn-
arbeit. Der besonders geschickte Akkordarbeiter wird folglich die
Lohnarbeit als eine Befreiung empfinden, die ihn in der vollen Ausübung
seiner Arbeitskraft hindert und er wird ein Unrecht darin sehen, daß
ihm als stolzerem und geschickterem Arbeiter nur der gleiche Lohn zu-
fließen soll als dem minder schnellen oder minder geschickten. Man
braucht dies gar nicht als Mangel an Solidarität aufzufassen, es ist
zu verstehen, wenn ein geschickter Arbeiter eine bessere Würdigung seiner
Arbeitskraft beansprucht. Hinzu kommt ja auch der vorstehende
Anspruch jedes Arbeiters an das Leben; der mit starker Familie als
bestmögliche Arbeiter braucht ein bei weitem größeres Einkommen als der
ledige Arbeiter und er wird mit dem Schicksal haben, wenn ihm die
Lohnarbeit nicht gestattet, seine Arbeitskraft besser auszunutzen zu können,
um dadurch seiner Familie bessere Existenzmöglichkeiten zu verschaffen.

Dem Unternehmertum ist wohl immer die Akkordarbeit angenehmer.
Sie ermöglicht eine genauere Kalkulation der Herstellungskosten und Ver-
kaufspreise und bietet eine Ersparnis an Aufsichtspersonal. Zugewandt,
daß dies bei der Entscheidung der Frage Lohn- oder Akkordarbeit als
besonders ausschlaggebend nicht erachtet zu werden braucht, da das
Wohl des Volkes oberstes Gesetz sein soll. Aber wir sollen als denkende
Arbeiter erwägen, ob solche einschneidenden Eingriffe in die Industrie
die letztere nicht dermaßen schädigen können, daß ihre Produktions- und
Konsumtionsmöglichkeiten in Frage gestellt werden. Dies darf die Ar-
beiter nicht gleichgültig lassen, denn es fällt ins Gebiet ihrer Beschäf-
tigungsmöglichkeit, könnte leicht die Konkurrenz auf dem Weltmarkt
(und auf diese sind viele Gewerbe angewiesen) erschweren, vielfach sogar
ausschalten, und große Arbeitslosigkeit wäre die Folge.

Wie steht es denn heute? Die Arbeiter streben deshalb nach Lohn-
arbeit, um ihre Arbeitskraft bei gleicher Bezahlung möglichst zu schonen.
Ein an und für sich löbliches Unternehmen, leider ist damit verbunden
die Tatsache, daß dann weniger produziert wird. Was ist aber nötig
und wird mit tausend Beweisgründen belegt? Daß unser Land, durch
den Weltkrieg arm und ausgepowert und am Rande des Ruins stehend,
unter äußerster Anstrengung aller Kräfte bemüht sein muß, seine Pro-
duktion auf ein möglichst hohes Niveau zu heben. Daraus hängt unsere
möglichst schnell wirtschaftliche Gesundung ab und die tut dem Lande
bitter not. Hieran sind aber auch die Arbeiter lebhaft interessiert, denn
möglichst schneller Aufbau bedeutet auch die wirtschaftliche Gesundung der
Arbeiterklasse, bedeutet vor allem Aufstieg aus Armut und Not zu
höherer Kultur.

Hieraus ergibt sich, daß in der heutigen großen Notlage des Landes
die Entscheidung über die Frage „Lohn- oder Akkordarbeit“ einer ruh-
geren, besseren Zeit überlassen bleiben sollte. Jetzt heißt es, nach und
nach alle verfügbare Arbeitskraft mobil zu machen zum Wohle der
Gesamtheit. Das Streben nach Lohnarbeit hat in der heutigen be-
schäftigungslosen Zeit einen berechtigten Kern, wenn dieses Streben
dahin geht, unter Minderanpannung der Einzelarbeitskraft vorüber-
gehend möglichst allen eine beschränkte Erwerbsmöglichkeit zu schaffen.
Dieses Streben ist heute berechtigt. Aber die Frage legt als Prinzipien-
frage, zu behandeln und sich für alle Zeiten zugunsten der Lohnarbeit
festzusetzen, während vertritt und sollte doch zugunsten für unser späteres
gewerblich-industrielles Fortkommen wirken. Wir müssen vorerst wirt-
schaftlich gesund werden. Dazu muß uns jedes Mittel recht sein.
Dazu entscheidet man die Frage heute nicht „prinzipiell“ und über-
lasse die endgültige Entscheidung späteren ruhigeren Zeiten.

Wie liegen nun die Verhältnisse in der Steinindustrie?
Kann etwa da mit einem Beschlage die Akkordarbeit beibehalten werden?
Stellen wir in dieser Hinsicht einmal eine kleine Untersuchung an. In

den Städten werden heute nur festen Werkstücke hergestellt, meistens
handelt es sich um Reparaturen oder um Verarbeiten, wir meinen,
jeweils Sandstein in Frage kommt. In den Marmorwerkstätten werden
vorwiegend Möbelwaren produziert, sowie auch Platten zum inneren
Ausbau der Geschäftshäuser und besseren Kissen. Bei all diesen Arbei-
ten, gleichgültig ob es sich um Sandstein oder Marmor handelt, ist tat-
sächlich in den Städten der Akkord zum größten Teil beibehalten. Die städtischen
Steinmehrer und Marmorbetriebe sind meist Zweigbetriebe und in den
Marmorwerkstätten kann vorwiegend mit der Maschine gearbeitet wer-
den, so daß das Zeittlohnssystem leichter durchzuführen war.

Aber schon in den ländlichen Sandsteinbetrieben zeigte sich der aller-
größte Widerstand gegenüber der Forderung der Akkordarbeit. In
dort, wo nur sogenannte „Nacharbeiten“ geleistet werden, hat sich der
Stundenlohn eingebürgert, aber dort, wo direkt die Werkstücke vor-
sich geht, konnten wir mit unsern Forderungen bisher nicht durchdringen.
Aber in der Sandsteinindustrie ist dem Akkordsystem wegen der Ge-
sundheitsgefährlichkeit des Berufes sicherlich auf dem Wege der Ge-
gebung beizukommen. Wir werden in dieser Hinsicht nichts unversucht
lassen.

In der Granitindustrie herrscht teilweise der Großbetrieb vor. Im
bayerischen Wald, sowie in einigen anderen Gegenden schaffen die Stein-
brecher vorwiegend im Lohn. Die Kollegen sind damit zufrieden, aber
in den übrigen deutlichen Bruchbezirken herrscht der Akkordlohn,
für die Brecher, sowohl für die Steinmehrer und Plastersteinmacher.
Auch hier ist es werden Grabenmäher hergestellt. Vor einigen Jahren
führten die Steinbrecher im Heppenheim Bezirk einen Streik, der an
die 20 Wochen dauerte, die Unternehmer wollten die Stundenlohnarbeit
einführen. Trotz der Ausbauer der Kollegen, trotzdem der Verband im
finanzieller Hinsicht keine Mittel hatte, konnte das Zeittlohnssystem
nicht gehalten werden. Und nachdem zu Beginn des Jahres 1919 aus
einigen Bezirken der Ruf kam, die Akkordarbeit abzuschaffen, haben wir
in drei großen Bezirken diese Forderung gestellt, konnten aber ebenfalls
nicht durchbringen.

Die Meinung der Verbandsleitung geht dahin, überall dort, wo die
Möglichkeit besteht, die Akkordarbeit beibehalten zu können, dieses mit
allen Mitteln anzustreben. Aber in der dreiseitigen Steinindustrie könn-
ten wir nicht alles über einen Kamm scheren. Was in den Großstädten
möglich ist, ist deshalb in den Steinbruchgebieten noch nicht ohne
weiteres durchführbar. In übrigen bezirken wir die Ortsverhältnisse
auf unser Lohnprogramm, welches der heutigen „Steinarbeiter“-Lebung
beilegt. Bei allen Neuabschlüssen von Tarifverträgen muß die
Klausel zur Anerkennung gebracht werden, daß den Akkordarbeitern
zum mindestens der Tarifstundenlohn garantiert wird. Diese Forderung
werden wir müssen wir durchsetzen, sie ist heute eine Forderung sämt-
licher Akkordarbeiter in der Steinindustrie. Dadurch ergibt sich für die
Herren Unternehmer, daß in Zukunft die Arbeiter viel gerächter ver-
teilt werden müssen, als wie dies heute vielfach geschieht. Der Akkord-
arbeiter muß zu Beginn der Woche wissen, daß er, wenn er seine Ar-
beitszeit ausgenutzt hat, mindestens den Tarifstundenlohn verdient, und
wenn das Gelingen noch so schlecht ist. Durch diese Klausel, welche wir
zur Anerkennung bringen müssen, wird unter der heutigen Stein-
arbeiterhaft wiederum Beruhigung eintreten, aber die Unternehmer
dürfen nicht glauben, daß sie vielleicht über diese unsere Forderung eine
Tagesordnung übergehen können.

Beruhigung hat unsere Industrie in letzter Zeit wahrlich genug
durchkosten müssen. Selbst wenn eine Anzahl dafür reifer Betriebe
sozialisiert werden, so soll keiner glauben, daß solche Betriebe mancher
für die Arbeiter ein Eldorado eröffnen. Auch in ihnen wird mit Wohl-
geheiß und mit Wasser gekocht. Auch jeder sozialisierte Betrieb soll
sich rentieren und der Gesamtheit Vorteile bringen. Jeder Arbeiter muß
sich deshalb voll und ganz bewußt werden, daß seine einzelne persönliche
Arbeitsleistung dem Volksganzen nutzbar gemacht werden muß, was
widerum ihm selbst und seiner Familie zugute kommt. Deshalb ver-
schiebe man die prinzipielle Entscheidung über die Frage „Lohn- oder
Akkordarbeit“ auf spätere Zeiten, zumal diese Frage in Arbeiterkreisen
noch gar nicht geklärt ist und den Anhängern der Lohnarbeit ebenfalls
Anhänger der Akkordarbeit gegenüberstehen. Mit Schlagworten läßt
sich der Frage nicht beikommen. Sie muß wohlstudiert und wohl-
wogen werden, und nicht zuletzt dürfte sie auch Anspruch auf inter-
nationale Beachtung beanspruchen. Ein einzelnes Land, das auf Welt-
handel und Weltverkehr angewiesen ist, kann diese Frage nicht endgültig
erledigen. Hierzu gehört im Interesse der eigenen Existenzmöglichkeit
die Mitwirkung aller Länder, auch können ein einzelnes Land bei einer
mächtigen Entscheidung der Frage zugunsten der Lohnarbeit eher leicht
unter die Mäher der Weltkonkurrenz geraten. Karl Marx sagte auch:
„Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur.“ Lassen wir
den Kritiker sobald wie möglich weitergehen, eher es zu spät ist.
Das wird natürlich manchen Schwelbetrübten kosten. Aber es soll uns
zu bestem Gedenken führen, aber nicht in dem Sinne, daß ein
jeder reich werden und die Mehrheit der Volksgenossen arm bleiben,
denn das ist im Volksganzen ein allgemeiner Wohlstand Fluch geist und
damit höher Kultur und Lebensfreude. Das ist das Ziel, das wir
erkennen. Es möglichst schnell zu erreichen, dazu muß uns jedes Mittel
recht sein!

Die unerfüllbaren Bedingungen.

Die Entscheidung ist gefallen. Die Reichsregierung, die Re-
gierungen der Bundesstaaten, sämtliche Parteien der Arbeiter und
alle übrigen Parteien — mit Ausnahme der deutschen Parteien —
haben gegenüber den Friedensvorläufen der Entente das Un-
nehmbar ausgesprochen. In der Tat wägen wir nicht, was wir
anderes sagen soll, wenn man sich den Gesandten des Reichs
Lügen stellt, was die Reiche uns zugedacht haben.

Territorial soll Deutschland durch den Friedensvertrag be-
halten:

1. Elbaf. Vorhänge.
2. Das Saarrevier. Dieses ist der Kern, daß von 13 Jahren
die Bevölkerung abnimmt, und wenn sie sich nicht ab- und
vorenommener Ausweisungen und Abwanderungen im Grenz-
land entscheidet, dann fällt das Saarrevier erst nach 13 Jahren
reich, sofern Deutschland nicht genügend Geld hat, um die
werde zurückzuführen. Deutschland kann aber nicht genügend Geld
haben, weil es bis zum Jahre 1911 alles Geld als vor- und
Liquida zahlen muß.
3. Das Antarktisische Brecken. Dieses wird uns zur Er-
füllung der verschiedenen Vertragsbestimmungen verpflichtet,
Mittelmeer. Da aber die Reiche in ihrer Un-
glaublich unerfüllbar ist, werden die Reichen nicht durch
einem Vorwand zu haben brauchen, um dauernd das
4. In Baden vertritt Deutschland von Schleswig nicht aus

Das ist das Ziel, das wir erkennen. Es möglichst schnell zu erreichen, dazu muß uns jedes Mittel recht sein!

Das Kommando über die militärischen und finanziellen Ver-
bindungen. Die hier noch nicht alle kennen, weil in jedem Augenblick
aus den 400 Paragraphen des Entwurfsvertrages neue Schön-
heiten zur Sprache treten. Aber einige charakteristische Einzelheiten seien
angeführt:

1. Das verhungerte Deutschland soll Vieh an die Entente
liefern, insbesondere Milchvieh. Inzwischen liefert Amerika ein
paar Dutzenden kondensierter Milch zur Bekämpfung der Kinder-
sterblichkeit. Deutschland hat ein großes Schlachtkühevieh, in dem die
Schonen in Berlin lauten müssen, um bei guter Gesundheit zu
bleiben, wird durch die mörderische Phantastie dieser Ententege-
schichte in den Tötungen gestiftet.

2. Unsere Hochseeflotte verbleibt der Entente, selbstverständlich
solange. Dafür dürfen wir für die nächsten fünf Jahre Schiffe,
wenn in anderer Leistung für die Entente herstellen und abliefern.
Zwischenstand kein Problem. Die Hochseeflotte wird uns verbieten,
der nächste Teil unserer Flottenflotte, d. h. der Schiffe auf Elbe,
Oder usw. fällt an Dänemark und Polen. Selbstverständlich
solange. Die Herrschaft auf den deutschen Küsten ist in Zu-
kunft eine internationale Kommission aus, in der Deutschland etwa
den fünften Teil der Stimmen bekommt. Die Beherrscher der deut-
schen Küste bleiben dauernd die Ententemächte.

3. Die hohen Kriegsschadigungen, die wir zu leisten haben,
werden 1921 festgelegt. Selbstverständlich, ohne daß wir dabei mit-
reden können. Entente haben wir Abstrichleistungen zu leisten.
Wenn wir etwas zahlen, 100 Milliarden. Aber in Gold. Wieviel
das ist in deutscher Zahlung, weiß man nicht. Wieviel
Zahlungsmittel Deutschland liefert als Entente, leisten kann,
wenn jedem Deutschen keine ganze Dose bis auf den letzten Heller
weggenommen wird.

4. Außerdem haben wir allen Angehörigen der Entente
den Schaden an Gesundheit, Vermögen oder Ehre zu ersetzen, der
ihnen von Deutschland oder einem seiner Verbündeten zugefügt wor-
den ist. Die deutschen Rechte im Ausland bleiben entschädigungslos
eingefroren. Deutschland darf keine Kriegsschadigungen und Kriegs-
schadigungen mehr unterrichten, bis es nicht diese Forderungen
von Staatsangehörigen der Entente voll befriedigt hat, nicht etwa
durch eine bloße Note, sondern durch Sachverständigen. Auf diese
Weise sparen wir diese Ausgaben überhaupt; denn ehe wir zum
Schluß kommen, sind die Kriegsschadigungen und Kriegsschad-
igungen längst tot.

5. Anleihekosten darf Deutschland nicht bezahlen. Weder
Anleihekosten noch sonstige. Damit sind natürlich alle Kapitalien
wertlos und Deutschland kreditlos. Jeder einzelne Deutsche
und die Kontrolle über die deutschen Finanzen übernimmt die
Entente. Ein Vermögen, das ihr nach diesen Bestimmungen bei-
nahe zu gehören ist. Sie soll dafür sorgen, daß alle Steuern, min-
destens in der Höhe, wie sie in irgendeinem Ententestaat betragen,
auch bei uns eingehoben werden.

6. Dazu kommen die ungeheuren Warenlieferungen. Vor
allem Kohle. Es sind insgesamt jährlich etwa 40 Millionen Tonnen,
die wir nach Wegnahme des Saarens und Oberschlesiens an
Deutschland, Italien usw. zu liefern haben. Für Deutschland wird
es schwer, Industrie und Hauswirtschaft in irgendeiner zureichenden
Weise zu versorgen. Bei dieser fehlenden Kohle produzieren wir dann
die wichtigsten Waren, in deren Lieferung an die Sieger wir ver-
pflichtet sind.

Wir können es vollständig, wenn am 19. Mai gelegentlich einer
großen Berliner Demonstration der Reichspräsident Ebert er-
klärt: „Wir unterziehen nicht.“ Die Entente stellt uns so scham-
los Bestimmungen, die wir einfach nicht leisten können. Wir haben
keine Verhandlung, durch die Kriegsschadigungen und selbst die
„Schadigungen“ um den Hals zu legen. Die Nichtunterzeichnung wird
auch die Verantwortlichkeit in Deutschland und England zu einer klareren
Stellung veranlassen.

Die Normung in der Pflaster- steinindustrie.

Am 10. Mai trat der Arbeitsausschuß zum zweitenmal zu-
sammen, um die in der ersten Sitzung begonnenen Arbeiten fort-
zusetzen. Da das Protokoll der Verhandlungen sowohl im „Stein-
bruch“ als auch im „Steinarbeiter“ veröffentlicht wird, so be-
schränken wir uns darauf, heute nur das Wesentlichste zu berichten.

Der aus der ersten Sitzung hervorgegangene Entwurf fand
wenig Gegenliebe. Schriftliche Änderungsvorschläge waren ein-
gelaufen vom Landesbauinspektor Freystedt, Posen, der auch
diesmal am persönlichen Erscheinen verhindert war, sowie vom dem
ebenfalls nicht vertretenen hiesigen Granit-Industrie-Verband.

Die schlesische Pflastersteinindustrie war vertreten durch die
Herren Frischmuth und Schiller einerseits und unseren
Kollegen Gustav Müller, Striegau, andererseits. Für den Stein-
industrieverband war Dr. Schuffelbauer, für den Zentral-
verband der Steinarbeiter außer Müller, Striegau, Binckler,
Berlin zugegen. Die Harzer Steinindustrie war durch Herrn
Wegener, Hannover vertreten. Vom Kommerzienrat Hühig,
Zachsen lag ein schriftliches Gutachten vor, welches sich im allge-
meinen gegen die bisherigen Vorschläge und gegen die Normung
selbst wandte, da eine solche ein unwirtschaftliches Arbeiten
in sich schließen würde. Dasselbe führte Direktor Frischmuth in be-
zug auf die Pflastersteine aus. Gegen Freystedt wandte er
sich besonders, weil dieser seine Veröffentlichungen vornahm, ohne
sich zuvor mit der Industrie in Verbindung zu setzen. Die Frey-
stedtschen Vorschläge mögen für die Reichlichen Brüche zutreffen.
Die Bedingungen des einen Bezirks auf einen anderen oder gar
auf die ganze deutsche Industrie zu übertragen, sei ein Unling.
Jeder Bruch habe ein geologisch anders zusammengesetztes Material,
eine andere Struktur, an welche man bei seiner Ausnutzung ge-
bunden ist. Das Bedürfnis nach einer Normierung der Pflaster-
steine bestehe auf Seiten der Industrie, die doch mit einer solchen be-
glückt werden solle, überhaupt nicht. Die zur Zeit bestehenden
Maße hätten sich bereits zu Normen herausgebildet, sie bezirks-
weise zusammenzustellen und zu einem Werke zu vereinigen, sei
das einzig Durchführbare. Auf den Einwurf des Verhandlungs-
leiters Vaurat Dredtschneider, daß die Arbeiter keine
Normen benötigen, wenn solche von der Industrie nicht verlangt
werden, erwidert Frischmuth, daß das Fehlen von Normen nicht
hemmend auf die Anfertigung von Lagerarbeiten wirkt, soweit
Pflastersteine in Frage kommen. Anders verhalte es sich mit den
Korbsteinen. Die Beschränkung der Größe 150 in Deutschland
üblichen Vorbreitenprofilen auf 9—12 wäre dringend zu wünschen. Für
Oberschlesien würden 8 genügen, nämlich das alte Berliner (breit)
das Neuföllner (schmal) und das Posener (mittel). Mit der Stadt
Breslau sei auf dieser Basis bereits eine Verständigung erfolgt. Die
Vereinheitlichung der Profile ermögliche Lagerarbeiten, welche für
die Steinindustrie infolge des stetigen Rückganges der Pflaster-
industrie von großer Bedeutung wären. Ober-Ing. Schmidt vom
Normenausschuß Deutscher Ingenieure wünscht eine Zusammen-
stellung der vorhandenen Normen für das Normenbuch. Staatsbau-
rat Günther, Bremen und Stadtbaurat Richter, Gelsen-
kirchen bezichtigen den Standpunkt der Verbraucher. Es bedeute eine
große Erleichterung für die Straßenbauunternehmer usw., wenn sie sich

in einem Sammelwerke über die Quellen der von ihnen benötigten
Materialien unterrichten können. Kollege Müller, Striegau trägt
dafür seine Ausführungen viel zum Verständnis der
eigenartigen Produktionsverhältnisse bei der Herstellung der
Pflastersteine bei. Um wirtschaftlich produzieren zu können, müsse
der Arbeiter gleichzeitig 2, 3 auch 4 Sorten anfertigen können. Die
Steine nach einem bestimmt vorgeschriebenen Maße zu bearbeiten,
bedeute die Bearbeitung und erhöhe den Abfall, dessen Beseiti-
gung ebenfalls mit Kosten verknüpft sei. Um den Stein voll aus-
zunützen, müsse dem Arbeiter möglichst viel Spielraum gegeben
werden, wie das zu Zeiten guter Konjunktur der Fall sei; er kann
dann viele Maße gleichzeitig anfertigen. Ist die Konjunktur schlecht,
wird nur das gerade gangbare Format verarbeitet, so ist die Her-
stellung schon eine unwirtschaftliche. Redner befristet dann die
bezirkweise Zusammenstellung der vorhandenen Normen und ihre
Zusammenfassung in einem Sammelwerk.

Nachdem die Generaldebatte erschöpft war, wurden die Maße
der in der Sitzung vertretenen Bezirke festgelegt.

Dr. Schuffelbauer übernahm es, das Material der nichtver-
tretenen Bezirke herbeizuschaffen und für die Vertretung derselben
in der nächsten Sitzung zu sorgen.

Nachschrift. Der „Deutsche Steinindustrie-Verband“ schlug auch bei
dieser Frage wieder die alte Taktik ein, nämlich er kommt mit seinen
Maßnahmen überall reichlich spät. Stellen wir folgendes fest: Im
Herbst vorigen Jahres reichte unser Verband die Forderung auf die
Normung steinindustrieller Produkte ein. Eine umfangreiche Be-
gründung wird beigegeben. Wir nennen die besten Sachverständigen,
die die deutsche Steinindustrie aufweist: Herrn Landesbauinspektor
Freystedt, Posen sowie Herrn Wölfel, Direktor, Bunsfelde.
Die Herren machen umfangreiche Vorschläge, der deutschen Stein-
industrieverband rührt sich nicht dazu. Am 20. Februar 1919 referiert
im Reichswirtschaftsamt Herr Freystedt über die Normung, neben
ihm sitzt Herr Frischmuth, dieser sagt gegen die Freystedtschen
Ausführungen kein Wort. Freystedt hatte im „Steinbruch“ sein
umfangreiches Material, das wissenschaftlich gruppiert war, ver-
öffentlicht, im „Steinarbeiter“ erfolgte Nachdruck. Der deutsche
Steinindustrie-Verband schweigt zu den Vorschlägen, Herr
Frischmuth schweig auch dazu. Nun brauchen die Vorschläge des
Herrn Freystedt nicht unbedingt richtig zu sein, aber der deutsche
Steinindustrie-Verband hatte die Verpflichtung, sich zu dieser wich-
tigen Frage schon eher zu äußern. Kurz vor Ausschluß
kommen dann die „praktischen“ Einwände, wir wollen daran keinen
Kommentar knüpfen. Die Pflastersteingruppe, oder besser gesagt, die
Leitung derselben, hat die Darlegung zu einer äußerst wichtigen
Frage erst recht verspätet zur Kenntnis der Normenkommission ge-
bracht. Diese Kommission hatte bekanntlich 3 Haupt- neben
3 Unterarten festgesetzt. Das mag knapp bemessen sein, aber da
kann ja noch mit Beiläufigkeit eine Änderung erzielt werden, ohne
daß man sich gegen die Normung im allgemeinen wendet. Ferner
kommt das Wildpflaster noch hinzu, so daß in jedem Betrieb immer-
hin noch 10—12 Profile hergestellt werden können. Auch wir sind
für eine eingehende Beratung der Materie, aber warum weiß jetzt
erst der Steinindustrie-Verband die Bedeutung dieser Frage zu
würdigen? Die verärgerten Angriffe auf Herrn Freystedt sind halt-
los, denn dieser hat ein vorzügliches Gutachten erstattet.

Redaktion.

Die Prüfung natürlicher Bausteine.

Die Prüfung natürlicher Bausteine hat sich nach den veränderten
Verhältnissen in den natürlichen Bausteinen einen ziemlich zube-
lebenden und befriedigenden Charakter gegeben. Es ist doch die Frage
nach der verschiedenen Eigenschaften der natürlichen Bausteine von
großer praktischer Bedeutung. Es ist keineswegs notwendig zum
Erfolge des Geschehens auf die unvollständigen Erscheinungen bei
einer unvollständigen Bausteine hinzuweisen, so auf den Kalk-
stein und das Gipssteine, wo die Lauterhaftigkeit der
natürlichen Bausteine zum Teil vermindert, sondern wir können die
Veränderungen des unvollständigen Bausteines durch die
einzelnen Bausteine im wesentlichen erklären. Aus dieser Tatsache
beruht es sich, die Bausteine der Bausteineprüfung von 1. Art,
die aber andererseits zu einer unvollständigen Bausteineprüfung mit
manchmaligen Schwierigkeiten zu führen kann.

Die Prüfung natürlicher Bausteine hat sich nach den veränderten
Verhältnissen in den natürlichen Bausteinen einen ziemlich zube-
lebenden und befriedigenden Charakter gegeben. Es ist doch die Frage
nach der verschiedenen Eigenschaften der natürlichen Bausteine von
großer praktischer Bedeutung. Es ist keineswegs notwendig zum
Erfolge des Geschehens auf die unvollständigen Erscheinungen bei
einer unvollständigen Bausteine hinzuweisen, so auf den Kalk-
stein und das Gipssteine, wo die Lauterhaftigkeit der
natürlichen Bausteine zum Teil vermindert, sondern wir können die
Veränderungen des unvollständigen Bausteines durch die
einzelnen Bausteine im wesentlichen erklären. Aus dieser Tatsache
beruht es sich, die Bausteine der Bausteineprüfung von 1. Art,
die aber andererseits zu einer unvollständigen Bausteineprüfung mit
manchmaligen Schwierigkeiten zu führen kann.

Wir haben drei ganz verschiedene Bausteine zu untersuchen, und
das ist die Prüfung natürlicher Bausteine. Die Prüfung natürlicher
Bausteine hat sich nach den veränderten Verhältnissen in den natür-
lichen Bausteinen einen ziemlich zubelebenden und befriedigenden
Charakter gegeben. Es ist doch die Frage nach der verschiedenen
Eigenschaften der natürlichen Bausteine von großer praktischer
Bedeutung. Es ist keineswegs notwendig zum Erfolge des Geschehens
auf die unvollständigen Erscheinungen bei einer unvollständigen
Bausteine hinzuweisen, so auf den Kalkstein und das Gipssteine, wo
die Lauterhaftigkeit der natürlichen Bausteine zum Teil vermindert,
sondern wir können die Veränderungen des unvollständigen
Bausteines durch die einzelnen Bausteine im wesentlichen erklären.
Aus dieser Tatsache beruht es sich, die Bausteine der Bausteineprüfung
von 1. Art, die aber andererseits zu einer unvollständigen Bausteineprüfung
mit manchmaligen Schwierigkeiten zu führen kann.

jährige Lagerung des Gesteins in der Natur zurückzuführen. Manche
Erupthegone sind schon oft in der Grundmasse einen größeren
Gehalt ein, der beispielsweise bei diesen Porphyren schon im
Bruchgestein zu erheblichen Verwitterungen führt. Finden der-
artige Steine bei Bauwerken Verwendung, so kann die Atmosphäre
sehr wohl Anlaß zu einer weiteren Auflöserung und einem gän-
zlichen Verfall geben.

Die Wetterbeständigkeit des Bausteines hängt in hohem Maße
von seiner „Kornbildung“ ab, die nicht weniger wichtig ist als die
Festigkeit der einzelnen Bestandteile des Gesteins. Die Kornbin-
dungsfähigkeit hat den größten Einfluß auf die Widerstandsfähig-
keit des Gesteins gegen mechanische Beanspruchung, insbesondere
auch Zug und Druck. Bei den erdtrübten Gesteinen, also bei Granit,
Ebnit, Porphyr, Diabas, Gabbro, Trachit usw., ist die Kornbildung
das Ergebnis eines Kristallisationsvorganges, so daß hier die ver-
schiedensten Mineralarten des Gesteins nicht durch ein Bindemittel
verfügt sind. Die Kornbindungsfähigkeit ist also bei diesen Bau-
steinen von der Dichtigkeit des Gefüges abhängig.

In mineralogischer Hinsicht weist der Aufbau der Erupthegone
folgende Hauptbestandteile auf: Quarz, Feldspat, sowohl
Kalk- als auch Natrium-Al-Silikat, ferner hellen und dunklen Glim-
mer, Borsilikat, Augit und manchmal auch Olivin. Man wird
daher unbedingt sagen dürfen, daß die erdtrübten Gesteine im
allgemeinen als kristalline Bausteine zu betrachten sind. Selbst
ein gewisser Grad von Verwitterung macht diese Gesteine nach Prü-
fung von Fall zu Fall nicht unbedingt unbrauchbar zu Bauzwecken.
Wenn beispielsweise die Kalksteinartide eines erdtrübten
Gesteins beträchtlich verwittert sind, so findet bei Vorhandensein aus-
reichender unverwitterter Bestandteile, wie Quarz, oder schwer-
verwitterter Minerale, wie die Hornblende und der Augit, diese
genügende Gewähr für die Wetterbeständigkeit eines solchen Bau-
steines. Die mikroskopische Untersuchung wird über den Zustand
der Verwitterung eines Gesteins stets vollen Aufschluß geben.

Die Sedimentgesteine, also Sandsteine, Grauwacke, Kalkstein,
Tonsteine, sind hinsichtlich der Wetterbeständigkeit von ganz an-
deren Gesichtspunkten aus zu betrachten. Hier kann die mineralogische
Zusammensetzung als sehr verschiedenartig einfach bezeichnet werden.
So bestehen die Sandsteine hauptsächlich aus Quarzformen, da-
neben in Feldspat, Glimmer, selten Kalkstein usw. vorhanden. Sehr
oft ist weniger Glimmer in Sandsteinen anzufinden, und zwar meist
in solchen mit tonigen Bindemittel und in Feldspatsteinen.
Die Bindemittel der Sandsteine sind sehr verschieden und können
aus Ton, tonigen Quarz, Kieselsäure, Eisenoxyd, Eisenoxyd-
hydrat usw. bestehen. In der Regel entscheidet das Bindemittel
über die Härte des Sandsteins; so hat die rote, braune und gelbe
Härte des Sandsteins eigenartige Bindemittel zur Ursache, grün-
farbige Sandsteine weisen auf Verwitterungen von Glaukonit hin,
graue feine Kalksteine.

Der Grad der Festigkeit wird durch die Beschaffenheit und die
Menge des Bindemittels bestimmt. In reichlich Glimmer vor-
handen und dieser gleichmäßig eingelagert, so hat dies eine größere
Zähigkeit zur Folge, was natürlich eine Minderung der Festig-
keit nach sich zieht. Wenig Glimmer und schließlich ist das Be-
standteil von tonigen und lockeren Bindemitteln. Kalkige
Bindemittel (Kalkstein) dagegen erhöhen bei reichlicher An-
wesenheit die Festigkeit, schließen aber andererseits die Gefahr in
sich, daß ein solcher Baustein durch die Einwirkungen der Atmo-
sphäre zerfällt. Regen, Schnee usw. schneller dem Zerfall aus-
gesetzt ist. Sehr eigenartige Sandsteine dürfen als besonders fest
gelten, die in ihr Bestandteile setzen. Sind die einzelnen Quarz-
körner lediglich von einem dünnen Mantel von Kies- oder Grauwacke
umgeben, wobei die Zwischenräume ohne genügende Aus-
füllung bleiben, so hat sich eine nur geringe Festigkeit. Das Zer-
fallen eines solchen Sandsteins macht daher keine Schwierigkeit,
was auch für die Sandsteine mit tonigen Bindemitteln gilt. Viel-
leicht Sandsteine können die Sandsteine besonders gegen Verwite-
rung fest und dauerhaft und demgemäß fester zu bearbeiten.
Baugewerke sind die Ton- und Feldspatsteinen einer Bearbeitung
schwieriger, jedoch zugänglicher. Es eignen sich daher die festeren
Sandsteine besonders für Bauzwecke vornehmlich zur Befestigung
von Mauern usw., auch zu Kalksteinen, während die feineren,
wegen Sandsteine für Solenpore Verwendung finden.

Die Festigkeit der Sandsteine reicht von 1000 bis 3000 und 4000
Kilogramm per Quadratcentimeter, entscheidend ist hier Natur und
Menge des Bindemittels.

Folgt der Festigkeit nehmen die Sandsteine sämtlich Wasser
auf, teils in beträchtlichen Mengen, und zwar zwischen 1 bis
20 Prozent. Da die Sandsteine überaus stark zerklüftet sind, so
haben sie nach Sand und Kies als die reichsten unterirdischen Wasser-
aufspeicher zu gelten.

Um die Kornbindungsverhältnisse eines Gesteins zu bestimmen,
bedient man sich des Polarisationsmikroskops, das hier ausgezeich-
nete Dienste leistet. Es läßt sich hiermit über die mineralogische
Zusammensetzung und Güte des Bindemittels sofort volle Klar-
heit schaffen.

Nach dem großen Gebiet der Kalksteine wollen wir nur kurz
die „harten Kalksteine“ besprechen, wenigstens auch mineralogisch
die Warmore zu den Kalksteinen gehören und bautechnisch von nicht
geringer Bedeutung sind.

Wegen die vorigen Kalksteine eine genügende Festigkeit auf-
zuweisen sie sich vorzüglich für raubes und behauenes Mauerwerk.
Die große Neigung des Kalksteins, Felsen anzusehen, ist allerdings
ein Grund mehr, die Befestigung des Bausteins unter dem Einfluß
der Atmosphäre zu beschleunigen. Die geringere Frostbeständig-
keit der hart vorigen Kalksteine erfordert bei Verwendung im Freien
eine gewisse Vorsicht, und wählt man in einem solchen Falle besser
einen anderen Baustein. Mehr Widerstand gegen Verwitterung
leisten festliche und magnesiareiche Kalksteine. Bei den gewöhn-
lichen Sorten der Kalksteine liegt die Druckfestigkeit zwischen 100
und 300 Kilogramm pro Quadratcentimeter; bei festlichen Kalk-
steinen steigt sie bis auf 1700 Kilogramm pro Quadratcentimeter.

Nach der Bearbeitbarkeit und somit die Härte der Bau-
steine feststellen zu können, benützt man seit alters her das Mik-
roskopverfahren, wobei als ältestes Verfahren das von Mohr zu nennen
ist. Die sogenannte Mohrsche Härteprobe umfaßt zehn Stufen, die
durch zehn bestimmte Minerale gebildet werden. Diese sind:
1. Talk; 2. Steinsalz oder Gips; beide mit dem Fingernagel ritzbar;
3. Kalkspat (Härte einer Kupfermünze); 4. Flußspat; 5. Apatit;
6. Feldspat; 7. Quarz; 8. Topas; 9. Korund und 10. Diamant. Es
liegt also ein Baustein, der von Quarz beispielsweise deutlich geritzt
wird, in seiner Härte nach der Mohrschen Skala zwischen 6 und 7.
In letzter Zeit hat Martens einen Härteprüfer erfunden, bei
welchem das Ritzen durch einen mit bestimmter Belastung berei-
tigten Diamanten vorgenommen wird. Als ganz einwandfrei
kann die Mohrsche Methode nicht gelten, da bei zusammengelegten
Bausteinen der verschiedenen Härte der einzelnen Bestandteile nicht
genügende Rechnung getragen wird.

Die Druckfestigkeit der natürlichen Bausteine ist von verschie-
denen Umständen abhängig und wird bestimmt von der mineralo-
gischen Zusammensetzung, von der Dichtigkeit, dem Feuchtigkeitsgehalt
und der Richtung der Lagerflächen des Gesteins. Für Prüfzwecke
wird man bei sehr gleichartigem Material mit fünf Probewürfeln
von völlig gleichen Abmessungen auskommen; ist das Gestein we-
niger gleichartig, so wird man die Prüfung auf zehn Probewürfel
ausdehnen müssen, um ein einigermaßen zureichendes Urteil zu
gewinnen. Zweckmäßig sagt man die Würfelgröße mit der Stein-
größe aus dem Bruchstein heraus und schneidet sie dann auf der
Steinfläche ab. Grundätzlich hat die Prüfung der Bau-
steine im lufttrockenen Zustande zu erfolgen. Die Abweichung
minderung der Probefestigkeit in dieser Hinsicht ist durch Wägen zu er-
mitteln. Die künstliche Trocknung der Gesteine ist mit einer ge-
wissen Vorsicht zu üben; mit mehr als 60 Grad soll die Trocknung
in der Regel nicht betrieben werden, da höhere Temperaturen man-
chen Steinen schädlich sind. Der Feuchtigkeitsgehalt spielt bei den
Bausteinen hinsichtlich der Druckfestigkeit eine bedeutende Rolle, be-
sonders gilt das von porigen Gesteinen. Nach O. Baumgärtel be-
trägt beispielsweise ein Porphyr, dessen Raumgewicht 2,83 betrug,
im trockenen Zustande eine Druckfestigkeit von 1206 Kilogramm pro
Quadratcentimeter; nach 120 Stunden Wasserlagerung, die eine
Feuchtigkeitsaufnahme von 2,7 Prozent verursachte, war die Druck-
festigkeit auf 1028 Kilogramm pro Quadratcentimeter gesunken.
Bei Würfeln aus Hartgipsen pflegt die Kantenlänge 4 Zentimeter
zu betragen, bei weichen Gesteinen nimmt man meistens eine solche
von 6 Zentimeter.

Die Zukunft der Naturstein-Industrie.

Ueber dieses Thema schreibt die Monatschrift der Steinmetz-Berufsgenossenschaft:

Was die Nachfrage nach Erzeugnissen der Naturstein-Industrie anlangt, die gegenwärtig recht lebhaft ist, so kann für die nächste Zukunft erwartet werden, daß diese rege Nachfrage nicht ab-, sondern eher noch zunehmen wird. Die Naturstein-Industrie, die unter dem Druck der heutigen Verhältnisse ebenfalls empfindlich zu leiden hat, wird sich durch dann günstiger Lage gestalten, wenn die jetzt notwendigen Vorarbeiten und Einschränkungen in den Lieferungsbedingungen wegfallen werden. Insbesondere trifft dies zu für Baumaterial, besonders Kleinmaterial, wofür der Bedarf außerordentlich groß ist, und wobei vor allem viele sogenannte Notstandsarbeiten zu berücksichtigen sind, die viele Gemeinden vorzunehmen angewiesen sind. Eines großen Aufschwungs erfreut sich die Grabstein-Industrie, und wenn auch hier das nötige Material beschafft wird, was wohl in absehbarer Zeit möglich sein wird, so kann auch diese vertrauensvoll in die Zukunft blicken.

Was allerdings die erwähnten „Notstandsarbeiten“ betrifft, so muß hierbei andererseits auch eine gewisse Sparpolitik berücksichtigt werden, deren sich Staat und Gemeinden befleißigen, um auch für andere notwendige soziale Aufgaben die nötigen Mittel aufwenden zu können. Denn die Kriegslasten werden noch lang: Zeit die Massen von Staat und Gemeinden drücken. Auch ist nicht ausgeschlossen, daß eine Zunahme der Nachfrage nach den Erzeugnissen der Naturstein-Industrie nur eine vorübergehende sein wird, da die Nachwehen des unglücklichen Krieges, die sich vor allem in einer beträchtlichen Steuerlast sichtbar machen werden, auch die Privatfondstücker immer mehr zur Zurückhaltung zwingen werden.

Eine weitere wichtige Frage ist die, ob die Betriebe der Naturstein-Industrie der geforderten Nachfrage werden genügen können. Viele, namentlich die meisten Betriebe sind jetzt nicht in dem Zustande, der allen Anforderungen, die an sie gestellt werden, gerecht zu werden vermögen. Denn jahrelang haben die Betriebe brach gelegen, die Betriebsstoffe fehlen, und an tüchtigen, eingearbeiteten Arbeitern dürfte es auch mangeln, da auch in diesen Reihen der Tod, Krankheit und Krüppeltum viele Widernisse gerissen hat. Seine, Nerven und sonstiges Hilfsmaterial ist kaum mehr in guter Beschaffenheit vorhanden, höchstens minderwertige Ersatzstoffe, die ungenügend all den Ansprüchen zu genügen in der Lage sind, die die Naturstein-Industrie stellt. Es wird einige Zeit vergehen, bis wieder arbeitsfähige Leute gewonnen und die industriellen Anlagen wieder instand gesetzt sind. Ganz besonders muß die Naturstein-Industrie darauf Bedacht nehmen, geschulte Arbeiter zu erhalten. Wenn die bisherige Ausbildungsindustrie alle ihre Arbeiter entläßt, wird mancher besonders jugendliche Arbeiter in den Betrieben der Steinindustrie Aufnahme finden können, denn vor allem in der ersten Zeit wird die Naturstein-Industrie für solche Arbeiter außerordentlich aufnahmefähig sein.

Wenn so die Arbeitsverhältnisse sich in der Naturstein-Industrie nicht ungünstig gestalten, so geben die Lohnverhältnisse ein anderes Bild. Wenn auch in dieser Beziehung die Zukunft nicht ganz ungetrübt aussieht, so wird sicherlich die Naturstein-Industrie über diese Klippe glücklich hinwegkommen, wenn beide in Betracht kommende Teile mit Einflüß und mit Verständnis handeln. Allerdings wird wohl mit einer baldigen Abnahme der Löhne zu rechnen sein, weshalb auch die Löhnerwerbungs- und Lohnzulagen nicht gleich weggelassen werden. Es ist hierbei jedoch zu bedenken, daß bei der Höhe der Produktionskosten auch die Preise ihre Höhe behaupten müssen. Ob aber die Abnehmer unter den herrschenden Verhältnissen in der Lage sein werden, weiterhin die hohen Preise für die Erzeugnisse der Steinindustrie zu zahlen, ist fraglich.

Zur Lösung all dieser Fragen ist ein Zusammenstoß der industriellen Betriebe notwendig, in dem nicht bloß alle Stände, sondern vor allem auch alle Lohn- und Preisfragen geregelt werden müssen. Es soll sich allerdings dabei nicht um eine einseitige Ringbildung handeln, die unter Umständen übermäßig hohe Preise fordert, wodurch nur ganze Volksteile getroffen werden würden, sondern lediglich um eine Interessengleichsetzung, wie sie andere Industrien und Gebiete gleichfalls aufweisen, und die es sich zur Aufgabe machen muß, ganz auskömmliche Preise zu erzielen unter Berücksichtigung aller Umstände, die hierbei in Frage kommen, und die in obigem kurz skizziert worden sind. Eine gesunde Preispolitik ist jederzeit zum Segen der Industrie gegeben, und wenn hier das Unternehmertum mit den Arbeitern Hand in Hand geht, dürfte auch die Naturstein-Industrie einer glänzlichen Zukunft entgegengehen.

Die Berliner Steinmetztechniker rühren sich.

In Berlin unterhalten einige große Steinmetzgeschäfte ihre Hauptbureaus. Die Herren Unternehmer bezahlen die Techniker, wie unsere Kollegen wissen, ganz miserabel. Nun wollen auch die Techniker den Verhältnissen entsprechend Löhne erzielen und sind deshalb in eine Lohnbewegung eingetreten. Ueber den Verlauf der Bewegung informiert nachstehender Bericht:

Die am 6. Mai zahlreich besuchte Versammlung der Steinmetztechniker nahm den Bericht über den Schriftwechsel zwischen dem D. T. B. und dem Verband der Groß-Berliner Steinmetzgeschäfte zwecks Schaffung eines Angelegten-Tarif-Vertrages entgegen.

Nachdem nicht nur das erste, sondern auch noch das zweite Ersuchen, mit den Steinmetzgelehrten zu verhandeln, von dem Vorstand der Berliner Steinmetzgeschäfte abgelehnt worden ist, so nimmt die Versammlung folgenden Antrag einstimmig an:

Die Geschäftsführung des D. T. B. müsse unverzüglich dem Schlichtungsausschuss die große wirtschaftliche Notlage, in der wir Steinmetztechniker uns befinden, unterbreiten, ihn um seine Hilfe anrufen, um auf diesem Wege die Steinmetzgeschäfte zu einer sofortigen Verhandlung zu veranlassen.

Als Begründung für diese dringende Notwendigkeit sei besonders auf die letzte ablehnende Antwort, die uns der Verband der Steinmetzgeschäfte gegeben hat, und die wie folgt lautet, hingewiesen:

„Unser Vorstand hat sich nochmals mit der Frage eines eventuellen Tarif-Abkommens in seiner letzten Sitzung beschäftigt.“

Es wird allgemein die Ansicht vertreten, daß in unserem Fach die Leistungen des Einzelnen zu verschieden und die Beschäftigungsarten so mannigfaltig sind, um eine tarifliche Basis festlegen zu können. Deshalb kann es nur, wie wir schon in unserem Schreiben vom 17. April sagten, bei einer Regelung von Fall zu Fall bleiben. Selbstverständlich ist es ja, daß man bei derartigen Fragen, den heute herrschenden Verhältnissen und Lebensbedingungen Rechnung trägt. Jedenfalls wollen die Vorstandsmitglieder fürs erste eine abwartende Stellung einnehmen.“

Danach möchte man annehmen, daß all die hier in Frage stehenden Arbeitgeber durch ihre soziale Einsicht unsere persönlichen wirtschaftlichen Interessen in der gleichen Weise wahren, wie wir die ihrigen. Wenn dem so wäre, so würde unsere Bitte, mit uns deshalb zu verhandeln, untrüben sein, zum mindesten aber lag dann kein Anlaß vor, unser Ersuchen abzulehnen.

Daß die Anstellungsbedingungen vielfach unsozial und somit auch besonders die Besoldungen der Steinmetztechniker im Vergleich zu den heutigen Lebensbedingungen entgegen der obigen Behauptung der Steinmetzgeschäfte allgemein zu niedrig sind und in den weitesten Kreisen allgemein weit unterhalb der Grenze der Existenzmöglichkeit stehen, kommt durch Tatsachen zum Ausdruck, die sich wiederholt in der Vergangenheit, die bis jetzt und schon während des Krieges bezeugt wurden.

Die Gehälter bei einer hiesigen Großfirma bewegten sich von 300 bis 350, bei einem anderen 300 bis 400 M. im Monat für im Beruf langjährig tätige und bewährte technische Kräfte!

Wenn man das mit den Steinmetzlöhnen vergleicht, so ist anzuerkennen, daß die Steinmetzgeschäfte jenen gegenüber (durch die Macht des Steinmetzverbandes) die soziale Einsicht haben walten lassen, aber nicht gegenüber ihren geistigen Mitarbeitern, ihren technischen Angehörigen. Unsere Einkommen stehen weit hinter denen der Steinmetzen.

Wenn, wie angeführt wird, die Leistungen der technischen Angehörigen zu verschieden und ihre Beschäftigungsart in unserem Beruf so mannigfaltig ist, so müssen wir sagen, daß die Arbeit der Techniker doch nicht etwa unter die der Steinmetzen gestellt werden darf, trotz der Tatsache, daß die Arbeit des Steinmetzen von unserer praktischen Tätigkeit her wohl zu schätzen wissen. Andernfalls wäre die an den Steinmetztechniker mit der Berechnung gestellte Forderung, daß er sich außer seiner praktischen Ausbildung auch die theoretische Berufsbildung erworben haben muß, ohne Sinn.

Damit jedoch der Anerkennung der persönlichen Leistung des einzelnen Rechnung getragen wird, wünschen wir, daß eine Gehaltsbegrenzung nur nach unten statthabe. (Hoffen wir, daß die begonnene Bewegung mit einem vollen Erfolge abschließen möge. Es wird auch in anderen Orten Zeit, daß sich die Steinmetztechniker mehr um eine bessere Bezahlung bemühen.)

Die wirtschaftlichen Aufgaben der Arbeiterräte in Verbindung mit den Gewerkschaften.

Die gesamtwirtschaftliche Tätigkeit der wirtschaftlichen Arbeiterräte kann nur dann auch wirklich für die Gesamtheit der Volkswirtschaft nutzbringend gestaltet werden, wenn sie die Zusammenfassung der einzelnen Betriebe und Wirtschaftszweige im Sinne einer weitgehenden Erparnis von Arbeitskraft bewirkt. Es gilt nicht nur, den Ertrag der Arbeit zu steigern, sondern auch neben der dadurch herbeigeführten relativen Arbeitserparnis eine absolute Erparnis an Arbeitskräften zu erzielen. So sind besonders auch für die Güterverteilung zahlreiche Arbeitskräfte tätig, deren Zahl in keinem Verhältnis zu dem produktiven Arbeitskräfte steht. Durch eine geregelte Organisation der Güterverteilung werden viele Arbeitskräfte frei, die lediglich im Dienst eines mehr oder weniger überflüssigen Propagandawesens stehen, und die von den produktiven Arbeitskräften ebenso miteingehalten werden müssen wie die Kapitalbesitzer und Arbeitslosen. Die gesamtwirtschaftliche Tätigkeit der wirtschaftlichen Arbeiterräte wird sich daher in einer Richtung bewegen, die im Zuge einer sozialistischen Entwicklung liegt.

Es werden daher nicht lediglich bei der geschlichen Sozialisierung mitwirken als ausführende und überwachende Organe; sie werden diese geschliche Sozialisierung nicht allein durch die Erregung der gesellschaftlichen Initiative fördern, sondern ihre große und übertragende Bedeutung liegt in der Schaffung der Vorbedingungen für die Sozialisierung. Die geschliche Sozialisierung hat die zur Sozialisierung reifen Betriebe und Wirtschaftszweige zu erfassen. Als reif zur Sozialisierung werden vorzugsweise genannt: Berg- und Hüttenwesen, die Großbetriebe in der Harzindustrie, Bohnen und Schiffsahrt, Forstwirtschaft und Zigarettenindustrie und noch andere Betriebe. Wenn in diesen Wirtschaftszweigen die Sozialisierung durchgeführt sein wird, d. h. wenn durch die Mitwirkung der wirtschaftlichen Arbeiterräte auf geschäftlichem Wege das Interesse der Gesamtheit an die Stelle des Unternehmerrprofits und Kapitalgewinns getreten sein wird, ist dann der Sozialisierung Einhalt geboten?

Diese Frage muß verneint werden, wenn die Erfassung der gesamten Produktion und Verteilung im gemeinwirtschaftlichen Sinne durchgeführt werden soll. Es ergibt sich daher die Notwendigkeit, die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und im sozialistischen Sinne zu beeinflussen. Es ergibt sich die Notwendigkeit und die Aufgabe, die gesamte Gütererzeugung und Güterverteilung sozialistisch zu organisieren, um immer wieder „reife“ Betriebe und Wirtschaftszweige für die Sozialisierung zu schaffen. Und diese Aufgabe haben die wirtschaftlichen Arbeiterräte zu erfüllen. Sie haben die Aufgabe zu erfüllen, an die Stelle der kapitalistischen Wirtschaft die soziale Gemeinwirtschaft zu setzen, sie haben eine bedeutende organisatorische Arbeit zu bewältigen und immer weitere Wirtschaftszweige für die Sozialisierung zu erschließen.

Das sind natürlich so außerordentlich schwerwiegende Aufgaben, die nur schrittweise und schrittweise durchgeführt werden können und die durchgeführt werden müssen in enger Fühlungnahme mit den Gewerkschaften, denn es erwachsen aus der Erfüllung dieser Aufgaben immer neue schwerere Aufgaben, die nur gelöst werden können, wenn alle interessierten und betroffenen Arbeiter daran mitwirken. Die Arbeitnehmer aller Wirtschaftszweige und Berufe haben sich aber längst zum Zwecke der gemeinsamen Lösung gemeinsamer Aufgaben in den Gewerkschaften zusammengeschlossen, es ist daher eine Selbstverständlichkeit, daß sie auch jetzt im Rahmen der gewerkschaftlichen Organisation an die neu auftretenden gemeinsamen Aufgaben herantreten. Da ist beispielsweise die Frage der Unterdrückung derjenigen Arbeitnehmer in der Gütererzeugung, die durch eine fortschreitende Ausschaltung des überflüssigen Propagandawesens frei werden, so lösen. Und wie viele Berufe sind schon bei der Lösung dieser einen Frage interessiert. Denn nicht nur die mit der Herstellung von Metallendprodukten beschäftigten Berufe werden betroffen und damit all die verschiedenen graphischen Berufe, sondern auch das Zeitungswesen und das Heer der Reisenden werden betroffen. Und diese Frage zieht weitere Kreise im Hinblick auf die Papierindustrie und das Gasthausgewerbe. Bei der Berührung dieser einen Frage und Leiterklärung tritt sofort die Notwendigkeit einer berufslichen und somit gewerkschaftlichen Regelung hervor, die in enger Fühlungnahme und Zusammenarbeit aller beteiligten Kreise, der Betriebs- und Bezirksarbeiterräte, der Gewerkschaften und der Unternehmervereine erfolgen muß. Somit wird es klar, daß die Arbeiterräte nicht die Gewerkschaften ersetzen können, daß es ohne eine berufliche Regelung nicht geht, und die gewerkschaftliche Arbeit ist für die berufliche Regelung so wichtig und unentbehrlich geworden, daß berufliche Regelung gleichbedeutend ist mit gewerkschaftlicher Arbeit und Mitwirkung.

Die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wird durch die wirtschaftlichen Arbeiterräte allerdings stark beeinflusst werden. Die Wirkung der Arbeiterräte auf die Lohnverhältnisse wird sich ganz von selbst dahin geltend machen, daß eine große Annäherung der Lohnverhältnisse und Lohnhöhen der Berufe untereinander erfolgt. Denn in den Arbeiterräten sind alle Berufe vertreten, und kein Berufszweig eines Betriebes oder Wirtschaftszweiges wird eine Zurücksetzung gegenüber anderen Berufen mitmachen können. Die Betriebsarbeiterräte werden in diesen Dingen am nächsten stehen, sie werden daher am eifrigsten auf eine möglichst gerechte und gleichförmige Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hinarbeiten. Sind doch im Betriebsarbeiterrat alle Berufsgruppen eines Betriebes nach Möglichkeit vertreten, und alle Berufsgruppen eines Betriebes sehen im Betriebsarbeiterrat ihre gemeinsame Vertretung. Daraus ist ersichtlich, daß die Arbeiter solcher Berufsgruppen, die für den Betrieb nicht von hervorhebender Bedeutung sind und für die noch nicht so günstige berufliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehen, nie für die übrigen Berufe sich mit Recht fragen: Warum sollen wir in der Gestaltung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse hinter den übrigen Arbeitern unseres Betriebes zurückbleiben, obwohl wir unsere Arbeitskraft so gut im Dienst des gemeinsamen Betriebes verbrauchen wie jene? Und treten die Lebensnotwendigkeiten nicht in demselben Maße an uns heran, und fordern sie nicht dieselben Ausgaben von uns wie es bei jenen der Fall ist? Und ist es gerechtfertigt, daß jene mehr bezahlte Arbeiterräte die Aufgabe, möglichst ausgeglichene Gerechtigkeit zu üben, die Lohnverhältnisse möglichst auszugleichen, wie es die Unterdrückten der Arbeitsleistung und die Bedeutung qualifizierter Arbeit nur immer gestatten. Doch in den Fragen der sozialen Hygiene, der Ferien, der Wohnungsfürsorge, der freien Arbeitsleistung, der Jubiläumsgeldern usw. müssen alle Arbeiter gleichberechtigt sein. Die Zusammenfassung aller produktiven Kräfte in den wirtschaftlichen Arbeiterräten wird ganz von selbst die gemeinsame Regelung dieser allgemeinen Verhältnisse anbahnen und durchsetzen, und die Gewerkschaften werden gut tun, diese Entwicklung aufmerksam zu verfolgen, indem sie untereinander in enge Fühlung treten zur gemeinsamen Lösung aller hiermit auftretenden Fragen.

Hierbei wird das Recht der Entscheidung in die Geschäftsbücher, mit dem die Arbeiterräte auszustatten wären, von ausnehmendem Sinn sein auf die Gestaltung der allgemeinen Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Nur muß immer wieder das Interesse der Allgemeinheit an der Sozialisierung, an der Gemeinwirtschaft betont werden, so daß also die Arbeiter besonders wirtschaftlicher und daher besonders einflussreicher Betriebe nicht aus dieser Lohndase des Rechtes herfallen, sondern Anteil an dem größeren Gewinn zu nehmen, der sie den Arbeitern gleichgültiger Betriebe bevorzugen würde. Die Sozialisierung soll ja gerade die Verteilung gewisser Klassen ausfällen und aus der Klassenwirtschaft eine Gemeinwirtschaft machen. Die besonders wirtschaftlichen Betriebe müssen daher ihre wirtschaftliche Kraft zur Aufrechterhaltung der sozialen Lebensbedingungen ihrer Arbeiter herleihen, die in wirtschaftlich schwächeren Betrieben ebenso im Dienst der Gemeinwirtschaft stehen. Das ist wahrer Sozialismus, getragen von wahrer Solidarität. Und hier ausstehend zu wirken, fällt den Betriebsarbeiterräten nicht in ihnen den Bezirksarbeiterräten zu. Sie können ihre Aufgabe dadurch leichter lösen, daß ihnen bestimmte Beiträge der ihnen angehörenden Betriebe nach Maßgabe deren Reinerträge zustehen, die in bestimmten Fonds sammeln. Die an sich insofern geringen Re-

erträge, als sie bei einer gleichmäßigen Verteilung den beteiligten Arbeitern der in Frage kommenden Betriebe nur einen unbedeutenden Lohnzuschlag bedeuten würden, bekommen in der Hand des Bezirksarbeiterrates eine ganz andere, eine hohe soziale Bedeutung. Den Arbeitern werden die Segnungen der Gemeinwirtschaft viel wirksamer und nutzbringender nahegebracht durch Beseitigung des Arbeiterleidens, wofür der Ferienpflege, der Kinderfürsorge und Erziehungsbeteiligungen, als wenn die nach allen Abzweigungen für Erneuerung der Betriebsmittel verbleibenden Reingewinne in Form unbedeutender Lohnzuschläge gleichmäßig unter die Arbeiter der einzelnen Betriebe verteilt werden.

Die soziale Wirksamkeit der wirtschaftlichen Arbeiterräte wird eine vollständige dadurch, daß sie das Recht auf Arbeit und die Pflicht zur Arbeit begründen helfen. Auf diesem Grund baut sich die soziale Gemeinwirtschaft auf, die auch dem Volksgenossen das Existenzminimum gewährt, der in unerschöpflicher Arbeitslosigkeit gerät. Daraus erwächst die Pflicht, in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften auf die glückliche Beilegung der Arbeitslosigkeit hinzuwirken, denn Streiks fallen aus dem Rahmen der Gemeinwirtschaft heraus.

Ein deutsches Arbeitsgesetzbuch.

Auf Einladung des Reichsarbeitsministers Bauer und unter seinem Vorsitz trat am 8. Mai der Arbeitsausschuß zur Neuordnung des gesamten Arbeitsrechts zum erstenmal zusammen.

An der Sitzung nahmen Vertreter der beteiligten Reichsministerien und der Einzelregierungen sowie der Gewerkschaften Deutschlands, Dr. Hartmann, teil. Der Reichsarbeitsminister begrüßte die Teilnehmer und führte aus, daß es sich bei der Neuordnung des Arbeitsrechts um ein Werk von hervorragender Bedeutung handle. In ihm solle die Arbeit zu ihrem Recht kommen, was der Befriedigung des inneren Friedens dienen werde. Das Gesetz werde das gesamte Arbeitsrecht mit Einschluß des Tarifrechts und des Koalitionsrechts regeln. Ueberlebendes solle ausgeschlossen werden, die heutigen sozialen Bedürfnisse Rechnung getragen werden. Bei gemeinverständlicher Sprache und leicht verständlichem Aufbau werde das ganze Gebiet mit einheitlichen Grundgedanken zu durchdringen sein. Am Anschließ hieran gab der von dem Reichsarbeitsminister mit der Leitung der gesamten Arbeiten beauftragte Generalsekretär des Reichsarbeitsrats Siegart zunächst einen Überblick über die bisherigen Bestrebungen zur Herbeiführung eines einheitlichen Arbeitsrechts sowie über die Mitarbeiter in die deutsche und ausländische Gesetzgebung auf diesem Gebiete. Dann setzte er im einzelnen den Arbeitsplan auseinander. Danach sollen alle Gebiete der Arbeitsbeziehungen in einem deutschen Arbeitsgesetzbuch zusammengefaßt werden. Als Teile des Gesetzbuchwerkes sind gedacht: Der Arbeitsvertrag, die Arbeitsgerichte (die für Arbeitsstreitigkeiten aller Arbeitnehmergruppen zuständig sein sollen), die Arbeitsverfassung, die Arbeitsverwaltung (Arbeitsnachweis usw.) und die soziale Selbstbestimmung (Koalitionsrecht, Lohnkämpfe, Tarifverträge und Arbeitsgemeinschaften).

Es fand eine längere Aussprache über alle Fragen statt, wobei auch ein von Rechtsanwält Dr. Einbecker vorgelegtes Programm für die Neuordnung des Arbeitsrechts eingehend gewürdigt wurde. Der Arbeitsausschuß verständigte sich über eine Verteilung der einzelnen Arbeitsgebiete auf die ihm bereits angehörenden und einige noch zuzuziehende Mitglieder. Die Bearbeiter werden ihre Entwurfsarbeiten dem Arbeitsausschuß vorlegen. Dieser wird sie alsdann in eingehenden Beratungen nachprüfen und zu einem einheitlichen Vorentwurf des Arbeitsgesetzbuches zusammenfassen. Vor der endgültigen Feststellung des den Gesetzgebenden Körperschaften vorzuliegenden Entwurfs soll ein größerer Kreis von sachkundigen Vertretern aller Berufsgruppen den Vorentwurf begutachten. Schon bevor mit der Ausarbeitung der Einzelentwürfe begonnen wird, soll den großen Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer Gelegenheit gegeben werden, Wünsche und Vorschläge zum Gesamteinhalt und zum Aufbau des Gesetzes zu äußern.

Der Berliner Arbeitsnachweis.

Am 12. Mai trat der seit einigen Wochen beschäftigte Arbeitsnachweis für das Steinmetzgewerbe von Groß-Berlin in Tätigkeit. Derseibe ist dem Nachweis der Stadt Berlin angegliedert und auch in dessen Räumen in der Kienbergstraße 9, Hof rechts, 3 Treppen, untergebracht.

Das willfährige Arbeitsnachweis und Einstellen hat nunmehr zu unterbleiben, da sich beide Verbände (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) verpflichtet haben, offene Stellen nur durch den Nachweis zu besetzen. Zwischenverhandlungen sind dem Verbandsbureau zu melden.

Die Vermittelung geschieht werktäglich nachmittags von 3-5 Uhr. Nur um diese Zeit steht der Nachweis den Arbeitgebern und Arbeitlosen zur Verfügung. Die Abfertigung der Arbeitslosen-Kontrollkarten erfolgt ebendortselbst. Die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung geschieht bis auf weiteres im Verbandsbureau, Engländer 15.

Die ersten Tage der Vermittelung ergaben eine rege Nachfrage nach Schriftführern und anderen Grabsteinarbeitern. Auch die Wärmehaube ist voll beschäftigt. Im Bauhof lagen Aufträge nicht vor. Zur Zeit sind 37 Arbeitslose eingeschrieben.

Kollegen! Helft alle mit, dem ungeschulten Arbeitsnachweis für das Steinmetzgewerbe die Bedeutung zu verschaffen, die ihm gebührt. Nur durch ihn läßt sich die vorhandene Arbeit gerecht verteilen. Nur durch ihn wird das Schmarotzer- und Müßiggangswesen beseitigt. Nicht das Geld allein soll ausschlagen, sondern das Recht auf Arbeit für jedermann.

Korrespondenzen.

Ebenstellen. Die am 26. April in unserem Lokale „Guthaus zum Hirschenstein“ veranstaltete Quartals-Versammlung war stark besucht. Die zahllose Dankstellen ist bis auf den letzten Mann organisiert. Kollege Karl H a b a n nahm das Wort über die Auswahl eines Bürgermeisters und des Gemeindevorstandes, worüber es zu folgendem Entschluß kam: Indem die große Zahl der in der Gemeinde Ebenstellen beschäftigten Steinhauser in jeder Beziehung zur Geltung aufgeführt ist, wäre es angebracht, wenn den Steinhausern auch Erwerbsstellen geschaffen würde, nicht bloß in Steuer- und Umlagezinsen den Mann zu stellen, sondern auch im Gemeindepalast ordnungsgemäß mitwirken zu können. Außerdem kam es noch zu einer wichtigen Aussprache betreffs der Lebensmittelpreise. Die Bauern liefern nur für die Herren Handwerker und die einheimische Bevölkerung kann nicht bekommen. Die Landwirte zeigen einen Egoismus, wie er im Buche steht, darüber sind die Kollegen natürlich sehr empört. Aber wir werden versuchen, in der ganzen Gemeinde dafür zu sorgen, daß die nötige Aufklärung geschaffen wird. Heute schon fordern wir die Steinhauser auf, sich recht zahlreich an der Gemeindevahl zu beteiligen; in der Gemeinde müssen die Arbeiter mehr wie bisher zur Geltung kommen. Auch in den andern Jahrestellen des bayrischen Waldes werden die Kollegen in dieser Richtung hin tätig sein müssen.

Heppenheim. Im hiesigen Granit-Bezirk leitete die Bezirksleitung am 1. April eine Lohnbewegung ein, die am 25. April ihren Abschluß fand. Nachstehende Vereinbarungen wurden getroffen:

- Die Zulage stellt sich jetzt auf 104 Prozent.
- Für Steinhauser wird ein Stundenlohn inklusive Zulagen von 1.63 M. bezahlt. Für die Werkzeugmacher beträgt der Stundenlohn 1.42 M. für Hilfsarbeiter 1.10 M. bis 1.22 M.
- Für Randsteine werden folgende Zuschläge auf den Grundpreis bezahlt:

Grundpreis M.	Zuschlag pro H. Meter	15 Pf.
Krausfurter, gepulvt 2.-	„	30
Krausfurter, gestadt 2.-	„	30
Ludwigsbainener, „ 1.95	„	40
Kaiferslautener, „ 2.20	„	50
Wormser, „ 2.40	„	60
Mainzer, „ 2.40	„	50
Kannheimer, „ 2.65	„	70
Wiesbadener, „ 2.60	„	70

IV. Für Wassersteine tritt eine Erhöhung pro Stück von 1 Pfennig ein, sobald die vorräthigen Steine verbraucht sind. Dieser Erfolg ist nur unserer guten Organisation zuzuschreiben. Wenn wir auch keine Abstände von unserer Forderung machen mußten. So muß die Parole lauten: „Aufgehoben ist nicht aufgehoben.“

Rechnungen. Am 1. Mai fand hier unsere Quartalsversammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer Bericht über den Verlauf der Rechnung und den Stand der Kassen. Der Kassierer berichtete über den Verlauf der Rechnung und den Stand der Kassen. Der Kassierer berichtete über den Verlauf der Rechnung und den Stand der Kassen.

Segecktheim. Am 27. April hielt unsere Zahl der Quartalsversammlung ab. Der Bericht über den Verlauf der Rechnung und den Stand der Kassen. Der Kassierer berichtete über den Verlauf der Rechnung und den Stand der Kassen.

Windenfels i. D. Am 1. Mai fand die gutbesuchte dritte Monatsversammlung statt. Der Vorsitzende berichtete über die Lohnverhandlungen in Reichenbach. Er führte dabei aus, daß wir mit dem Reaktor zufrieden sein können.

Böbau-Opfah. Die Steinarbeiter-Gesellschaft der Oberlausitzer Stein- und Marmorwerke hat sich gezwungen, am 27. April, nach einstimmiger Beschlußfassung, die Arbeit niederzulegen.

Die Forderung, den Teuerungszuschlag von 70% auf 100% zu erhöhen, wüßten die Arbeitgeber unter dem zur Genüge bekannten Vorwand der Konkurrenz des Sächsischen Bergbau- und Hüttenwesens zu verschleppen. Dank der Einmütigkeit der Steinarbeiter- und Arbeiterinnen, sowie der anerkanntwertigen Vermittlung des Herrn Bürgermeisters Dr. Scharfshmidt war es möglich, in der Verhandlung mit den Steinindustriellen eine Einigung dahin zu erzielen, daß der Teuerungszuschlag für Stein- und Schleifer auf 100% erhöht wurde.

Wunsiedel. Die in den letzten Wochen eingetretene Preissteigerung der Lebensmittel und die Bedarfsartikel des täglichen Lebens, zwingen uns, auch an unsere Arbeitgeber in der Weise einzuwirken, die Forderung auf eine Erhöhung der Teuerungszulagen heranzutreten. Daß unter Vorbehalt ein Akt der Notwendigkeit ist, haben die Herren Arbeitgeber fast ohne Ausnahme bereits anerkannt.

Wir kommen also mit unseren Forderungen nicht unerwartet. Die- selben lauten:

1. Für alle Arbeiter wird die jetzt gewährte Teuerungszulage auf 130 Prozent erhöht.
2. Für die im Stundenlohn beschäftigten gelehrten Arbeiter beträgt der Stundenlohn 1.40 M.
3. Für alle Hilfsarbeiter 1.10 M.
4. Die Verteilung der Teuerungszulagen wird der Vertriebsbranche gleichgestellt.
5. Die jetzt bestehenden Unterschiede zwischen den einzelnen Orts- kassen werden nach oben beseitigt.

Diese Resolutionen treten am 18. Mai 1919 in Kraft. Mit Rücksicht darauf, daß die Herren Arbeitgeber bereits schon seit längerer Zeit die Notwendigkeit unseres Vorgehens anerkannt haben, glauben wir nicht fehlzugehen, wenn wir annehmen, daß unsere Forderungen ohne Unterhandlung glatte Bewilligung finden.

Rundschau.

Hamburg-Hofermühle. Christlicher Terror. Mit welchen Mitteln die Anhänger der christlichen Gewerkschaften arbeiten, beweist folgendes. Der Arbeiter L. der R.-M. Kalksteinwerke, Abteilung Hofermühle, kündigte seinem Vorgesetzten die Wohnung, weil er vom christlichen Arbeiter- und Schlichterverband zum Steinarbeiterverband übertrat, mit dem Vermerk: Für die Kasse hätte er keine Unterschrift. Und folge dem Terrorismus.

Zentralvorstands-Bekanntmachungen.

Betrifft: Die achtstündige Arbeitszeit.

Zu berücksichtigen Zuständen sind die Unternehmer an die Kollegen herangerufen. Damit diese ihre Zustimmung geben sollen, daß bei Eintritt ungünstiger Witterung an den andern Tagen die verlorengegangene Arbeitszeit wieder eingeholt werden kann. Daraus kann sich die Verhandlung nicht anlassen; es würde dann nämlich eintreten, daß der Achtstundentag überhaupt für unsere Kollegen außer Kraft gesetzt würde.

§ 2 der Verordnung vom 23. November 1918, Reichsgesetzblatt, Seite 1334, lautet folgendermaßen:

Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit einschließlich der Pausen darf bei Dauer von 8 Stunden nicht überschreiten. Wenn in Abweichung hiervon durch Vereinbarung eine Verlängerung der Arbeitszeit an Sonntagen der Sonn- und Festtage festgesetzt wird, kann der Anfall der Arbeitsstunden an diesen Tagen auf die übrigen Werktage verlegt werden.

Wir weisen die Kollegen darauf hin, daß bei allen Umständen die Arbeitszeit an den andern Tagen nachgeholt werden muß. Deshalb bitten die Zentralvorstände alle Anträge, wie sie vorgelegt werden, abzulehnen. Wir wollen uns den Kollegen des Achtstundentages nicht mehr widersetzen lassen.

Ferner geben wir bekannt, daß uns die Unternehmer, die den Lohnausgleich seit Einführung des Achtstundentages noch nicht bezahlt haben, unverzüglich namhaft zu machen sind. Der Lohnausgleich muß mindestens 20 Prozent betragen.

Achtung! Zahlstellenvorstände!

Dieser „Steinarbeiter“-Sendung (Nr. 21) liegen zwei Berichtsbogen bei über die Durchführung des Achtstundentages im Zahlstellensbereich nebst einem Anschreiben zur Ausfertigung der Berichtsbogen und die Bedeutung der betreffenden Statistik.

Der Verbandsvorstand ersucht um eingehende Beachtung des Anschreibens und um Zurücksendung eines ausgefertigten Berichtsbogens bis spätestens zum 7. Juni an unsere Zentralfstelle Leipzig, Reiter Straße 32 IV. Sollte eine Zahlstelle beim Versand übergegangen sein, muß die Anforderung schnellstens erfolgen.

Ferner liegen dieser „Steinarbeiter“-Sendung bei:

- a) Ein wichtiges Zirkular über unser Lohnprogramm.
- b) Ein Hinweis an die Kassierer bezüglich der Materialbestellung.

Adressenänderungen.

- I. Gau.**
Pöfen. Vorj. und Kass.: E. Simon, Feldstraße 12.
- II. Gau.**
Ramenz. Vorj.: Georg Wagner, Burgstraße 2.
- III. Gau.**
Neumark i. Sa. Vorj. und Kass.: Richard Dettler, Werdauer Straße 127.
- IV. Gau.**
Duisburg. Vorj.: Otto von Hujwyt, Felsenstraße 130, Kass.: Friedrich Hirschler, Juliusstraße 44.
Fest-Richtbau bei Marienberg, Westerbau. Vorj.: Richard Buchner, Niederroßbach, Kr. W. Herburg. Kass.: Adolf Benz, Hofermühle, Post-Hüttenhaus. Kass.: Karl Behlau.
- V. Gau.**
Ruhpolding, Oberbayern. Vorj. und Kass.: Kaver Daburger, Marmorwerk.
- VIII. Gau.**
Gleichenberg bei Hildburghausen. Vorj. und Kass.: Edwin Birsh, wein.
- Nördlingen.** Vorj.: Frh. Gögelein, Salvatorstraße Nr. 78.
Böckershausen. Kass.: Chr. Lüdert.

Briefkasten.

L. Köhn: Zu I. Die Kündigung ist der gegenseitigen Vereinbarung unterworfen. Es dürfte die Arbeitsordnung maßgebend sein. Zu II. Sei jede Zahlstelle selbst zu tragen. B. Gr. — Mons, Bremen. Dank für die Mitteilung. Hoffentlich hast Du Dich gut gehalten. B. Gr. — L. Diese Hinweise werden ja von den Unternehmern nicht geachtet. Im übrigen „Gh's in Verband stark für". — G., Königsberg. Bitte, die Fußnote zur Klaffereinteilung auf Seite 41 des Reichsstatistikjahres zu lesen. B. Gr. — Mittweida. Wird in dieser Nummer ebenfalls behandelt; im übrigen ist die Betriebsratsangelegenheit in dem Entwurf noch aufgenommen worden. — Fr. S. in N. Der Verbandsrat ist nicht vom 28. April ging uns am 19. Mai zu. Wir müssen wegen Stoffüberfüllung die Veröffentlichung abbrechen. Auf emigrierenden punktlige Einwendung müssen wir schon dringen. — S. in D. Hoffentlich wird die Aktion glücken. Leider können wir nicht mehr lassen. B. Gr. — B. in N. Diese Verbandsbekanntmachung besagt in dieser Hinsicht alles. —

Die Ortsverwaltungen werden dringend ersucht, übrige Exemplare der Nummer 1, 3 und 7 des „Steinarbeiter“ an die Expedition einzusenden.

Einige Verbandsberichte mußten wegen Raumangel zurückgestellt werden.

Anzeigen

Suche Stellung als Reisender

in Marmor-, Granit- oder Grabsteingeschäft. Bin 37 Jahre alt, von Beruf Bildh. u. Steinmetz, aber durch Lähmung der linken Hand im Beruf gehindert. War 8 Jahre selbständig u. 4 1/2 Jahre Kriegsteilnehmer, evtl. nehme Stellung als Bruchleiter oder Verwalter in größeren Betrieb an, wo Wohnung, Garten und Ackerland zur Verfügung steht. Offerten bitte mit Gehalt unter M. P. 37 an die Expedition des Steinarbeiters zu senden.

Zu möglichst sofortigem Antritt suche ich

1 Granitsteinmetz

für moderne Grabmalarbeit (gestoht). Schriftlicher bevorzugt, in dauernde selbständige Position. Geil. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und Lohnforderung erbeten.

Fr. Lorenz, Wismar a. d. Ostsee.

Sofort gesucht: 10 Steinhauer

und 10 Stoßer.

Ibbenbürener Sandsteinbruch-Industrie zu

Ibbenbüren i. Westf.

Gesucht auf sofort ein tüchtiger Steinmetz

der in allen vorstehenden Arbeiten der Grabsteinbranche bewandert ist, bei hohem Lohn.

Franz B. Müller Wwe., Steinbildhauerin, Jever (Oldbg.) am Friedhof 2

Etliche Pflastersteinhauer

und ein **Schmied**, welcher auch spalten kann, finden bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung bei

Alois Ortner, Granitwerk, Tegernau b. Schopphelm i. W. (Bad.).

Gesucht

2 tüchtige Marmorschleifer

Winter- u. Sommerarbeit garantiert, bei hohem Lohn. Stellung ist dauernd. Fabrikkosten dritter Klasse werden vergütet.

Ludwig Bruhn, Lübeck (vorm. Plettner & Bruhn)

Granit- und Marmorwerk.

Maschinenschleifer

für Marmor und Granit bei gutem Verdienst nach Berlin gesucht. Offerten erbeten unter Nr. 135 an d. Exp. des Steinarbeiters.

Älterer Bruchmeister

für großen Basaltsteinbruch gesucht. Berücksichtigt werden nur solche, die jahrelange Erfahrung im Bruchbetrieb und in der Herstellung von Pflaster nachweisen können.

Gewerkschaft Heiligenmühle, Oechsen (Rhön).

Sägemeister gesucht!

Für eine neu zu errichtende größere Sägerei für Marmor und Kalkstein wird ein tüchtiger erfahrener Sägemeister zum Eintritt im Laufe des Sommers gesucht. Derselbe soll zugleich bei der Einrichtung der Sägerei und der Aufstellung der Gatter tätig sein. Angebote mit näheren Angaben über bisherige Tätigkeit, Gehaltsansprüche erbeten an die Expedition dieses Blattes unter Nr. 340.

Ein tüchtiger, solider Granitsteinmetz

für Grabdenkmalarbeiten sofort gesucht. Bei guter Leistung dauernde Beschäftigung.

G. Messerschmid, Bildhauer, Freiburg i. B., Thennenbacherstr. 41

6 Granitspalter u. Puzer

für Denkmal-Arbeiten stellt bei besonders hohen Akkord-Löhnen bald noch ein. Für Beköstigung und Logis ist gesorgt.

Karl Stahlberg, Hirschberg i. Schl., Bergstr. 1.

Gesucht Maschinen-Schleifer

igübler für Glanz-Politur von Marmor-Terrazzo-Platten.

Fr. Okle & Lohisa, Kiel,
Eichhofstraße 12-14. Fernsprecher Nr. 635.
Kunststeinfabrik - Eisenbetonbau - Mosaik- u. Terrazzogeschäft.

2 Steinmetzen

auf Grabsteinarbeit sucht

Richard Höse, Wittenberg a. E.

3 tüchtige Steinmetzen

sofort gesucht, auf Sandstein und Kalkstein, auch Schriftthauen, aber nicht Bedingung, Lohn: 2 Mark die Stunde.

Werkstätten für Friedhofskunst
KARL BEHN, Lehe i. Hannover.

Steinmetz

für Grabsteinarbeiten sofort gesucht von

E. Gärtitz, Bildhauerei, Teuchern b. Zeitz.

4-5 Steinmetzen

auf Denkmalarbeiten stellt ein

Fr. Söllinger, Halle a. S.

2-3 Steinhauer

der Grabmalbranche für Muschelkalk u. Sandstein stellen ein

KÖLNER MARMORWERKE, Köln-Deilblich.

Marmormaschinen-schleifer, Marmorläger, Schriftthauer, Steinmetzen, Granitschleifer,

werden in dauernde Stellung gesucht. Der Wohnungsnaher halber wollen sich nur Unverheiratete melden.

Steffiner Steinindustrie G. m. b. H. Steffin

STEINMETZEN

sowohl auf Granit wie auf Sandstein (möglichst Schriftthauer) bei gutem Lohn gesucht.

SCHAFFER & SOHN, Schwerin i. M.

2 Steinmetzen

gesucht

Carl Wendenburg, Halle a. S.

8-10 Pflastersteinschläger u. Bossierer

bei gutem Lohn nebst Teuerungszulagen nach Tarif stellt für dauernde Arbeit ein im Busch-Rotensalzer Berg

Martin Eißold, Demitz-Thumitz (Lausitz).

Als im Felde gefallen

werden uns nachträglich noch gemeldet:

Georg Hümmer aus der Zahlstelle **Schraudenbach**.

Ludwig Müller aus der Zahlstelle **Schraudenbach**.

Josef Jasek, 40 Jahre alt, aus der Zahlstelle **Wünschelburg**, gestorben in einem Reservelazarett (Böhmen).

Paul Werner, 28 Jahre alt, aus der Zahlstelle **Strehlen**.

Ehre ihrem Andenken!

(Wir ersuchen die Vertrauensleute, daß auch bei der Meldung über die im Felde Gefallenen das Todesanmeldungsformular ausgefüllt wird.)

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik einlangt werden.)

In **Heiligsfeld** am 29. April der Muschelkalksteinmetz **Michael Stumpf**, 43 Jahre alt, an Malaria und Lungenentzündung.

In **Ramenz** am 29. April der Granitsteinmetz **Ernst Hausmann**, 53 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.

In **Kiesla** am 1. Mai der Sandsteinmetz **Oskar Wiedemann**, 45 Jahre alt, an Rippenfellentzündung.

In **Frankfurt a. O.** am 2. Mai der Granitsteinmetz **Ernst Pfeiffer**, 30 J. alt, an Rehtkopftuberkulose.

In **Stadtprozelten** am 4. Mai der Sandsteinmetz **Josef Rosbach**, 40 Jahre alt, an Gehirnleiden.

In **Berlin** am 5. Mai der Sandsteinmetz **Leonhard Hartmann**, 38 Jahre alt, an Rippenfellentzündung.

In **Erfurt** am 7. Mai der Sandsteinmetz **Ernst Kirchner**, 67 Jahre alt, in einer Klinik in Halle.

In **Kostock** am 9. Mai der Hilfsarbeiter **August Mindemann**, 57 Jahre alt, an Schlaganfall.

In **Dresden** am 15. Mai der Sandsteinmetz **Johannes Kappler**, 47 Jahre alt, an Tuberkulose.

In **Striegen** am 15. Mai der Hilfsarbeiter **Heinrich Meßner**, 71 Jahre alt, an Brustleiden und der Granitarbeiter **Wilhelm Koch**, 41 Jahre alt, an den Folgen einer Verwundung.

Jakob Dede, 54 Jahre alt, aus der Zahlstelle **Pahe**, an einem Herzleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Alois Staudinger, Verlag des Hermann Siebold, beide in Leipzig.
Rotationsdruck der „Freien Presse“ Leipzig, Königstraße 5.